

beantworte. Wenn Mängel bekannt sind, sollte es bei einem Trägerwechsel mindestens eine intensive Prüfung geben, betonte er. „Und auch das sollte uns nicht reichen. Ein Trägerwechsel darf für kein

Heim ein Reinwaschen sein.“ Die Ausschussmitglieder forderten von der Staatsregierung einen nachgebesserten Bericht bis Anfang November. Dann wollen sie erneut darüber beraten, welche

Konsequenzen der Fall Schliersee für das bayerische Kontrollsystem haben muss.
KATRIN WOITSCH

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Münchner Zeitungsverlag

Straubinger Tagblatt vom 06.10.2021

Straubinger Tagblatt

Autor: Von Ralf Müller
Seite: 9 bis 9

Ressort: Bayern aktuell
Ausgabe: Hauptaussgabe

Ministerium muss nacharbeiten

Gesundheitsausschuss kritisiert Antworten zum Skandal um Seniorenresidenz Schliersee

Jetzt steht sie leer, die Seniorenresidenz Schliersee. Die letzten der ursprünglich 142 pflegebedürftigen alten Menschen, die dort wohnten, sind aus der Einrichtung ausgezogen. Doch die Aufarbeitung der Geschehnisse um das als „Skandalheim“ bezeichnete Haus dürfte sich noch lange hinziehen.

Am Dienstag reichten die Abgeordneten des Ausschusses für Gesundheit und Pflege des bayerischen Landtags einen Bericht des Gesundheitsministeriums dazu mit der Note „mangelhaft“ zurück. Vertreter von SPD, Grünen und FDP bemängelten diesen als ausweichend und unzureichend. Nun soll die Staatsregierung einen nachgebesserten Bericht vorlegen.

Staatsanwaltschaften in München und Nürnberg ermitteln in Sachen Seniorenresidenz Schliersee gegen vier Beschuldigte, darunter die ehemalige Heimleiterin. 17 Todes- und 88 Fälle von Körperverletzung werden untersucht. Seit Anfang 2020 wurde von massiven Missständen berichtet, alte Menschen sollen regelrecht verhungert und verdurstet, viele „völlig verwahrlost“ gewesen sein, wie es hieß.

„Mangelhafte“ Antworten werden zurückgereicht

Die Mühlen der Aufsichtsbürokratie fingen aber erst an gemächlich zu mahlen, als am 1. Mai 2019 eine deutsche Gesellschaft des italienischen Pflege-Konzerns mit dem schönen Namen „Sereni Orizzonti“, frei und anzüglich mit „Heitere Aussichten“ übersetzt, die Residenz übernahm. Doch schon vorher gab es eine Vielzahl von Beschwerden über die Zustände am schönen oberbayerischen

Schliersee.

Das menschliche Leiden und die Schäden an Leib und Leben sind zwar eingetreten, aber die zuständigen Behörden wollen alles richtig gemacht haben. Ministerialrätin Swantje Reiserer, Leiterin des Referats Pflege im bayerischen Gesundheitsministerium, kam damit jedoch am Dienstag im Gesundheitsausschuss des Landessparlaments nicht durch. Die schriftlichen Antworten, die ihre Behörde auf einen Fragenkatalog der Oppositionsfaktionen gegeben hatte, wurden ihr mit der Note „mangelhaft“ zurückgereicht.

Bis zum 9. November hat das Ministerium jetzt Zeit, die gestellten Fragen wirklich zu beantworten. Denn das hatte es nach Ansicht von Grünen, SPD und FDP im ersten Durchgang in empörender Weise vermieden. „Wie kann so etwas sein?“, empörte sich die SPD-Gesundheitspolitikerin Ruth Waldmann. Auch die Fraktion von Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) wollte dem Auftrag zur Nacharbeit nicht im Wege stehen.

Die Ministerialrätin hatte die undankbare Aufgabe, den Parlamentariern zu erklären, warum es bis zur Betriebsschließung Ende September 2021 so lange gedauert hat, bis Konsequenzen gezogen wurden. Ja, räumte sie ein, das könne „nach außen ein langer Prozess“ sein, aber die Behörden seien gehalten, zunächst jeweils die „milderen“ Mittel anzuwenden bevor sie zum härtesten Schlag der Zwangsschließung ausholen. Die Gerichte verordneten den Behörden einen „Abwägungsprozess“, denn auch die Umsiedlung der betagten Bewohner stelle für diese ein Risiko dar. Wenn es einen Trägerwechsel gebe, wie bei der Schlierseer Einrichtung

im Mai vor zwei Jahren, dann müsse dieser komplett von Neuem geprüft und beurteilt werden. Schneller gehe es, wenn der Verdacht auf „gefährliche Pflege“ im Raum ziehe, sagte die Ministerialrätin.

Schliersee „sicher bei Weitem kein Einzelfall“

Das war das Stichwort für den Grünen-Abgeordneten Andreas Krahl. Was müsse geschehen, damit „gefährliche Pflege“ angenommen werde, fragte er. „Können wir davon ausgehen, dass ähnlich aufgebaute Fälle wieder eine solche Eskalationsstufe erreichen müssen, bevor das Ministerium einschreitet?“ Für den gelernten Krankenpfleger ist klar, dass „die Situation in Schliersee bei Weitem kein Einzelfall ist.“

Das „FQA“ (Fachstelle für Pflege und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht, früher Heimaufsicht genannt) hatte in „engmaschiger Beratung“ von der Regierung von Oberbayern seit einem größeren Corona-Ausbruchsgeschehen mit mehreren Toten im April 2020 die Residenz unter besondere Beobachtung genommen. Die festgestellten Mängel hätten sich jedoch als „systemisch“ erwiesen, so dass dem Träger am 10. September dieses Jahres der Betrieb zum Ende November untersagt wurde, berichtete das Gesundheitsministerium. Die Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern (ARGE) war allerdings schneller und kündigte den Vertrag mit dem Träger bereits zum Ende September.

In den vergangenen Wochen wurden die verbliebenen Heimbewohner auf andere Heime in der Umgebung, aber auch in

das Altenheim Ebnerstraße in Augsburg verteilt, das ebenfalls von Sereni Orizonti betrieben wird. Die Bewertung über diese Einrichtungen, die von Angehörigen von Bewohnern abgegeben wurden, gehen weit auseinander. In einigen Kommentaren ist auch in diesem Fall von „unglaublichen Zuständen“ und „kata-

strophalen Zuständen“ die Rede.

strophalen Zuständen“ die Rede.

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung

Passauer Neue Presse Stadt- und Landkreis Passau vom 06.10.2021

Passauer Neue Presse
NIEDERBAYERISCHE ZEITUNG

Autor: Oliver Glombitzaund Alexander Kain **Ressort:** Bayern
Seite: 10 bis 10 **Ausgabe:** Hauptaussgabe

Österreichs Klimageld als Vorbild?

Alpenrepublik plant große Steuerreform für Klimaschutz – Bayerns Politik zeigt sich skeptisch

Wien/München Kanzler Sebastian Kurz scheut die Superlative nicht. Zwar ist die Steuerreform, die seine ÖVP mit dem grünen Juniorpartner nun vorgestellt hat, zugegeben das bisher wichtigste Projekt seiner Koalition. Doch ob es das „Mega-Projekt“ ist, das Österreichs Regierungschef verspricht, wird sich erst noch zeigen müssen. Kern der Reform ist die Einführung einer CO₂-Steuer ab dem 1. Juli 2022 – genau wie sie auch Deutschland seit Anfang dieses Jahres erhebt. Doch im Gegensatz zur Lösung von Union und SPD gibt es für die österreichischen Bürger im Gegenzug eine große steuerliche Entlastung von 18 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025. Hauptsächlich durch ein parallel eingeführtes regionales Klimageld. Eine Möglichkeit, die hierzulande auf Skepsis stößt.

Der Wohnort soll über den Klimabonus entscheiden. Denn der genaue Wohnort soll künftig entscheidend dafür sein, wie hoch der Klimabonus ist, den alle Bürger Österreichs erhalten – übrigens: egal ob sie arbeiten oder nicht. Dafür plant die Kurz-Regierung mit vier verschiedenen Stufen: Je besser eine Gemeinde an öffentliche Verkehrsmittel angeschlossen ist, desto geringer fällt das Klimageld aus. Sind die Bürger in einer Region aber hauptsächlich auf ihr eigenes Auto angewiesen, steigt der Bonus. In einer gut erschlossenen Großstadt – aktuell betrifft das ausschließlich die Hauptstadt Wien – soll es mit 100 Euro pro Bürger die geringste Summe geben. In den Landeshauptstädten wie etwa Graz und Linz bekommen die Bürger dann schon 133 Euro. Die beiden letzten Stufen von 167 bzw. 200 Euro winken dann den besonders schlecht ans öffentliche Verkehrs-

netz angebotenen Bürgern. Kinder sollen die Hälfte des jeweiligen Bonus erhalten, der einmal jährlich ausgezahlt werden soll.

Die Reform stößt in der Alpenrepublik auf ein geteiltes Echo. Während der grüne Vizekanzler Werner Kogler das geplante Gesetz mit „weniger Dreck in der Luft, aber mehr Geld im Börsel“ beschrieb, warnte die SPÖ etwa vor einem „Stadt-malus“ durch das Klimageld. Die FPÖ befürchtet hingegen, dass die Landbevölkerung benachteiligt wird, weil die CO₂-Abgabe den Bonus übersteigen könnte.

Auch die bayerische Politik zeigt sich auf Anfrage der PNP gespalten bei der österreichischen Reform und einer möglichen Übertragbarkeit auf Deutschland.

Finanzminister Albert Füracker (CSU) gesteht dem Nachbarland zwar zu, mit dem neuen Steuermodell den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raums beim Klimaschutz gerecht werden zu wollen. Aber: „Teilweise erscheint es nicht ganz zielgenau.“ Es gelte, die Menschen möglichst passend bei ihren Herausforderungen zu unterstützen. „Die Abgrenzung der Zonen ist sicher eine große Herausforderung. Hier muss man darauf achten, dass Stadt-Land-Gegensätze nicht weiter befeuert werden“, erklärt Füracker. Als zentrale Herausforderung bezeichnet er aber die Energiepreise. „Deutschland hat die höchsten Strompreise in Europa – aber Strom und Heizen müssen bezahlbar bleiben. Wir setzen uns daher intensiv dafür ein, dass die Stromsteuer gesenkt und die EEG-Umlage reduziert wird. Das fördert auch die E-Mobilität.“

Auch die SPD ist skeptisch. „Die steigenden Energiepreise und die CO₂-Abgabe

treffen in Bayern vor allem Menschen mit mittleren oder kleinen Einkommen“, erklärt Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn. Die SPD wolle etwa beim Heizen den Menschen durch Zuschüsse helfen, die nicht das Geld für neue Fenster oder eine neue Heizung haben. „Nur mit deutlich mehr Photovoltaik und Windrädern werden die Strompreise sinken. Außerdem muss der öffentliche Verkehr auf dem Land endlich vernünftig ausgebaut werden. Eine Steuerreform wie in Österreich löst das Problem nicht“, betont von Brunn.

Die Grünen sind indes voll des Lobes für die Reform der Kurz-Regierung. „Wir halten es für richtig, den Menschen über ein Energiegeld wieder etwas zurückzugeben“, sagt ihr Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann. Dabei müssten drei Aspekte aber zusammengedacht werden: der

CO₂-Preis, das Energiegeld und ein besserer ÖPNV mit einem einfacheren Tarifsystem. „Daher geht der österreichische Gedanke, das sogenannte Klimageld mit einem attraktiven ÖPNV-Tarif zu verbinden, genau in die richtige Richtung. Auch in Bayern muss das Ziel sein: ein Land, ein Ticket.“

Bei der FDP sieht man das Klimageld generell positiv, hadert aber mit der österreichischen Umsetzung. Grundsätzlich seien Zahlungen wie der österreichische Öko-Bonus als Entlastung für die Bürger sinnvoll, erklärt der klimapolitische Fraktionssprecher Christoph Skutella. „Die österreichische Kopplung der Höhe des Öko-Bonus an den ÖPNV-Ausbau vor Ort halten wir aber für kontraproduktiv.“ Zum einen würden Geringverdiener nicht vollumfänglich entlastet, da auch Haus-